

von Gefangenen beteiligt war. Nach lokalen Angaben war er auch in den Drogenhandel involviert. Dad Muhammad ist bereits der zehnte Abgeordnete, der seit der Wahl des afghanischen Parlaments 2005 gewaltsam ums Leben kam. Drei Tage vorher war die Abgeordnete Dr. Shakela Hashemi aus der Provinz Logar südlich von Kabul durch Kugeln verletzt worden, als sie sich Einwohnern des Distrikts Barak-e Barak anschloss, die gegen Hausdurchsuchungen durch US-Truppen protestierten. Amerikanische Soldaten gaben Schüsse ab, als sie die Protestierenden zerstreuen und die Blockade einer wichtigen Überlandstrasse beenden wollten. Die Demonstranten führten Waffen und weiße Taliban-Flaggen mit sich und riefen antiamerikanische Parolen. Zuvor war es der afghanischen Polizei nicht gelungen, den Protestzug zu stoppen. – Im südafghanischen Kandahar bekannten sich die radikalislamischen Taliban zum Mord an der Kommunalpolitikerin und Frauenrechtlerin Sitara Atschikisai, die jahrelang in Deutschland gelebt hatte.

Mehr Opfer durch Armut als durch Gewalt

Der Preis für den Standardwarenkorb in Afghanistan ist seit Oktober 2008 um 73 Prozent gestiegen. Das berichtete die *Los Angeles Times* Mitte März unter Berufung auf die Hilfsorganisation *Mercy Corps*. Die Organisation berichtete über Brotmangel bei den ärmsten Familien, die Mahlzeiten auslassen und teilweise ihre Kinder aus der Schule nehmen müssten, um sie als zusätzliche Arbeitskräfte einzusetzen. In einem Fall verheiratete eine Familie ein junges Mädchen für den Brautpreis von umgerechnet 160 US-Dollar. Nach UN-Angaben muss eine Durchschnittsfamilie 77 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel aufwenden; 2005 waren es noch 56 Prozent. Dürrebedingt fiel die afghanische Weizenproduktion um 85 Prozent. 35 Prozent der Bevölkerung können ihre Mindestnährungsbedürfnisse nicht stillen, 2005 waren es fünf Prozent weniger. 40 000 Afghanen sterben jährlich an Hunger und Armut, 25 mal mehr als durch Gewalt.

Keiner will die Nummer Zwei sein

Afghanistans bevorstehenden Wahlen wird es erheblich an Glaubwürdigkeit mangeln

Thomas Ruttig

Bei den Vereinten Nationen hört man oft den Satz: Die zweiten Wahlen sind immer die schwierigsten in Ländern im Übergang vom Konflikt zu Stabilität. Afghanistan bestätigt diese Erkenntnis eindrucklich. Am 20. August wird dort zum zweiten Mal in der Geschichte nach 2004 ein Staatsoberhaupt gewählt. Aber es gibt erhebliche Bedenken, dass die Situation im Lande auch nur annähernd akzeptable Wahlen zulassen und dass die schwachen politischen Institutionen nicht in der Lage sind, ein legitimes Ergebnis zu produzieren.

Die Sicherheitslage ist prekär, da die Taliban und andere Aufständische faktisch landesweit operieren. Ihr Chef, Mullah Muhammad Omar, warnte die Bevölkerung bereits Ende vergangenen Jahres, nicht an den „betrügerischen Wahlen“ teilzunehmen, da „die Auswahl in Washington getroffen“ werde. Dies dürfte viele Wähler davon abhalten, den gefährlichen Gang ins näch-

ste Wahllokal zu wagen. Die mangelnde Sicherheit wird aber auch dazu führen, dass sich kaum ausländische Wahlbeobachter ins Land wagen werden. Ohne internationale Präsenz aber werden es afghanische Beobachter schwer haben. Sie werden unter erheblichem Druck der Taleban sowie bewaffneter örtlicher Machthaber stehen, Manipulationen und Fälschungen zu übersehen.

Zudem gibt es erhebliche „technische Probleme“. Dahinter verbergen sich aber teilweise politische Erwägungen. Im Gegensatz zum Wahlzyklus 2004/2005 – zunächst wurde damals der Präsident, dann das Parlament und die Provinzräte gewählt; die Distriktratswahlen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben und sollen nun 2010 nachgeholt werden – hat die Afghanistan-Mission der



Wahlen in Afghanistan.

UNO den Sicherheitsrat diesmal nur um ein unterstützendes Mandat gebeten. Das heißt: Verantwortlich für den gesamten Ablauf von der Wählerregistrierung bis zur Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses ist die Unabhängige Wahlkommission (UWK). Dieser aber fehlen die Mittel und Strukturen, um – wie sie sagt – „universelle, faire und transparente“ Wahlen durchführen zu können. In vielen Provinzen sind ihre Strukturen zerfallen.

Im südafghanischen Tirinkot berichtet Obaidullah Osmani, Chef des örtlichen UWK-Büros, von Plünderungen. Armen Dorfbewohner hätte sämtliche Möbel weggeschleppt. Mit einem neuen Computer auf einem wackligen Tisch, einem tuckernden Generator für den Strom und einem Kanonenofen, unterstützt von nur vier Helfern, versucht er, der 100 000 Neuwähler Herr zu werden, deren Formulare sich auf dem Fußboden stapeln. Obwohl die Einschreibefrist längst abgelaufen ist, warten draußen auf der Straße noch immer Dutzende darauf, ihre Wählerkarten und einen Flecken unabwaschbarer Tinte auf den Zeigefinger zu bekommen. Offenbar sind aber nicht alle aus demokratischem

Antrieb da. Einer der Wartenden erklärt ungerührt, er werde denjenigen wählen, der ihm „ein paar Rupien“ dafür gebe.

Zu dieser Desillusionierung, die weite Teile der Bevölkerung erfasst hat, trugen die Manipulationen des bisherigen Demokratisierungsprozesses sowie der fehlende politische Wille des Westens bei, die unter UN-Ägide dafür festgeschriebenen Rahmenbedingungen für faire Wahlen auch tatsächlich zu schaffen – von der Entwaffnung der Bürgerkriegsmilizen bis zur einseitigen Bevorteilung Hamed Karzais bei den Wahlen 2004. Aber nicht alle Probleme sind externer Natur. Karzai selbst hat immer wieder die gewählten Institutionen ignoriert und damit gegen sich aufgebracht. Sein Bestreben, bis zu den verschobenen Wahlen im Amt zu bleiben, löste Anfang des Jahres sogar eine Verfassungskrise aus. Die Legislaturperiode läuft schon am 21. Mai aus, die Neuwahl hätte mindestens einen Monat vorher stattfinden müssen. Doch wegen der technischen und der Wetterprobleme setzte die UWK den Termin erst auf den 30. August an – und die Verfassung sieht für einen solchen Fall keine Übergangslösung vor.

Die Opposition lief gegen Karzais Alleingangversuch Sturm. Ihre stärkste Kraft, die früheren Mudschahedin der Nationalen Front (NF), verlangen die Einsetzung einer Übergangsregierung. Für den Fall, dass Karzai „auch nur einen Tag länger als vorgesehen“ Präsident bleibe, kündigten sie eine „orange Revolution“ nach ukrainischem Vorbild an. Die UNO nannte diese Bedenken „nicht unbegründet“.

Welches Wahlergebnis unter diesen Umständen auch herauskommt, für die Verlierer wird es relativ leicht anzufechten sein. Damit könnte der Wahlausgang eher weiter destabilisierend wirken anstatt den Übergangsprozess in Afghanistan voranzubringen. „Die Öffentlichkeit hat das Recht, unter diesen Umständen dem Wahlprozess zu misstrauen und ihn zu ignorieren“, resümiert die oppositionsnahe Wochenzeitung *Haftanama-ye Kabul*.

Der Amtsinhaber

Präsident Karzai weiß, was die Stunde geschlagen hat. Vor fünf Jahren noch deutlicher Wahlsieger, ließen grassierende Korruption und vor allem die katastrophale Sicherheitslage sein Ansehen in der Bevölkerung jäh abstürzen. Ihm wird vorgeworfen, seine Brüder nicht an die Kandare zu nehmen: Ahmad Wali Karzai, der als Provinzratschef die wichtige Südprowinz Kandahar wie seinen Privatbesitz regiert, werden immer wieder Verwicklungen in den Drogenhandel vorgeworfen; der ältere Bruder Mahmud hat sich mittels umstrittener Privatisierungen vom Besitzer einer kleinen Restaurantkette in den USA zu einem der reichsten Geschäftsmänner des Landes entwickelt. In Afghanistan trifft man kaum noch jemanden, der Karzai noch einmal seine Stimme geben will.

Auch die neue Administration in Washington sparte zunächst nicht mit öffentlicher Kritik an ihm, ganz im

Gegensatz zu ihren republikanischen Vorgängern. Karzai musste befürchten, fallen gelassen zu werden. Aber angesichts des Mangels an überzeugenden personellen Alternativen hat sich das mittlerweile etwas gelegt. „Keiner kann sicher sein, ob sich nicht jemand anders als zehnmal schlimmer erweist“, zitierte der Londoner *Guardian* am Montag einen anonymen Diplomaten in Kabul.

Das ist auch kein Wunder. Das bisherige Scheitern liegt weniger in Personen – auch nicht der Karzais – begründet als im politischen System. Das Land ist überzentralisiert und es gibt keine ausgleichenden Mechanismen. Der Präsident ist faktisch ein Alleinentscheider, das Kabinett eine Zustimmungsmaschine. Dieses System spiegelt sich auf Provinzebene. Das zersplitterte, parteienlose Parlament kann leicht manipuliert werden. Um Afghanistans politisches System wieder flott zu machen, wären also eine Dezentralisierung und mehr Mitsprache für die subnationalen Instanzen und die gewählten Volksvertreter angebracht. Ein parlamentarisches System, möglicherweise mit einem Ministerpräsidenten, der vom Parlament bestätigt wird, könnte ein Ausweg sein. Aber eine solche Lösung dürfte nicht von Washington angeordnet werden – wie jüngste Medienberichte es nahelegen –, sondern müsste Ergebnis einer nationalen Konsultation sein.

Die Herausforderer

Über 20 Personen haben bereits erklärt, gegen Karzai antreten zu wollen. Die meisten sind populistische Einzelgänger oder unbekannte Exilanten. Auch Ex-Frauenministerin Massuda Jalal ist wieder dabei, die 2004 1,1 Prozent der Stimmen gewann.

Seitdem bekannt ist, dass die Anmeldefrist am 25. April beginnt, wagen sich auch die Schwergewichte aus den Kulissen. Zwei frühere Finanzminister Karzais sind darunter: Ash-

raf Ghani, der das Amt von 2002 bis 2004 ausübte, und Anwar-ul-Haq Ahady, der erst im Dezember zurücktrat. Ghani vom paschtunischen Nomadenstamm der Ahmadzai ist wirtschaftlich ein Neoliberaler. Der langjährige Weltbank-Berater brachte die erfolgreiche Währungsreform 2002 und die Privatisierung des vor allem als Arbeitgeber immer noch bedeutenden afghanischen Staatssektors auf die Schiene. An Selbstbewusstsein mangelt es dem 59-jährigen nicht, das beweisen seine allerdings gescheiterten Kandidaturen für die Chefposten von UNO und Weltbank 2006 und 2007. Ghani ist hochintelligent und -effizient, aber auch als aufbrausend bekannt. Ein Mannschaftstyp ist er nicht. Seit Ende vorigen Jahres greift er Karzai immer wieder scharf in afghanischen und internationalen Medien an: Afghanistan befinde sich in einer „politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise“, die Regierung gehöre zu den fünf korruptesten der Welt und Karzai sei dafür mitverantwortlich. Ahady kandidiert für seine Partei *Afghan Millat* (Afghanische Nation), im Selbstverständnis sozialdemokratisch, die aber als stark paschtunisch-nationalistisch und deshalb unter Nichtpaschtunen als unwählbar gilt.

Nach langem Zögern gab vor wenigen Tagen auch der ehemalige Innenminister Ahmad Ali Jalali seine Kandidatur bekannt. Der 68-Jährige aus der Provinz Ghazni arbeitete fast 20 Jahre lang beim Radiosender Stimme Amerikas und lehrte zuletzt an der Pentagon-nahen *National Defense University*. Bereits weit im vorigen Jahr begann er, landesweit Unterstützerstrukturen aufzubauen. Auch er trennte sich im September 2005 im Zorn von Karzai, den er beschuldigte, Reformvorschläge blockiert zu haben. Unter den Afghanen ‚auf der Strasse‘ macht das Jalali zum meistgenannten Namen für eine aussichtsreiche Karzai-Nachfolge. Bei Licht besehen fehlt ihm aber die von vielen Afghanen herbeigesehnte harte Hand. Jahrelang sah

er tatenlos zu, wie hohe Beamte in seinem Hause schamlos Ämter verschachtelten.

Auch der Gouverneur der ostafghanischen Provinz Nangrahar Gul, Agha Sherzai, will antreten. Der Kandahar-Paschtune will vor allem in Süd-Afghanistan mobilisieren. Das macht ihn zum direkten Konkurrenten Karzais. Zudem glauben viele Afghanen, er sei der eigentliche US-Favorit. Im März letzten Jahres wurde er von *Radio Azadi* (Freiheit), dem afghanischen Ableger des gleichnamigen US-Senders, von den Hörern zur „Persönlichkeit des Jahres“ gewählt. Dann traf ihn der spätere US-Präsident Obama während einer ersten Afghanistan-Reise im Herbst 2008, noch bevor er Karzai seine Aufwartung machte. Schließlich sorgt sogar Obamas Vorname für Verwirrung: Sherzais Stamm heisst Barakzai, allerdings ohne „c“. Eine Hürde könnte sich allerdings als zu hoch für ihn erweisen: Sherzai besitzt keinen Hochschulabschluss.

Die oppositionelle NF hat bisher noch keinen Kandidaten gekürt. In ihren Reihen herrscht derzeit ein Zweikampf zwischen dem international angesehenen früheren Aussenminister Dr. Abdullah Abdullah (mit paschtunischem Vater) und Vizepräsident Ahmad Zia Massoud, Bruder des legendären, am 9. September 2001 von al-Qaida ermordeten Mudschahedinführers Ahmad Shah Massoud. Doch auch Unterhaussprecher Muhammad Yunus Qanooni sowie der frühere Verteidigungsminister „Marschall“ Muhammad Qasem Fahim hegen Ambitionen. Das versucht Karzai bereits auszunutzen. Dem Vernehmen nach hat er Fahim – wie schon bei seinem erfolgreichen Erstanlauf 2004 – die Vizepräsidentschaft angetragen.

Washingtons Rolle

Allen Kandidaten ist gemeinsam, dass sie zuvörderst auf ihren Namen

bauen, weniger auf ein Programm – sowie auf ihre Beziehungen in die Vereinigten Staaten. Jalali, Ghani und Ahady haben einen US-Zweitpass. Alle hoffen auf die Unterstützung der Obama-Regierung. Doch hinter den Kulissen bastelt ausgerechnet Zalmay Khalizad, der afghanisch-stämmige frühere Botschafter der Bush-Regierung in Kabul, an einer Team-Kandidatur gegen Karzai. Mitte März traf

Zalmay Khalizad, nun wieder als Privatmann unterwegs, im Golfemirat Dubai die aussichtsreichsten Karzai-Gegner, um sie auf eine gemeinsame Plattform zu verpflichten. Finanziert wurde das Treffen angeblich vom afghanischen Telekom-Tycoon Ehsanullah Bayat, dessen Business von den USA aus operiert. Khalizad und Bayat versuchen, Jalali als Spitzenkandidaten einer breiteren Koalition aufzubauen,

die Paschtunen wie Nicht-Paschtunen umfassen soll. Aber die Dubai-Konferenz blieb unverbindlich. Obwohl Jalali persönlich teilnahm und Ghani und Abdullah per Video zugeschaltet wurden, kam nur eine ungezeichnete Erklärung heraus. Keiner der Kandidaten möchte nur die Nummer Zwei sein.

Die afghanische Justiz tut sich mit Frauenrechten schwer

Ausbildung von Richtern zwischen Menschenrechten, Scharia und Stammesrecht

Parinas Parhisi

Westliche Institutionen engagieren sich in Afghanistan in der Fortbildung von Richtern. Den Kursteilnehmern fällt es schwer, die in der Verfassung garantierte Gleichheit der Geschlechter zu akzeptieren. Ohnehin sind staatliche Richter nur für einen Teil der Rechtsprechung verantwortlich – und die religiösen Räte orientieren sich an anderen Normen.

Ein afghanischer Richter sagte während einer Fortbildung in Kunduz, «Gleichberechtigung ist, wenn meine Frau eine Hose

tragen möchte und ich es ihr gestatte». Dieses Zitat ist noch verhältnismäßig fortschrittlich und zeigt exemplarisch das Verständnis von Frauenrechten in

der afghanischen Gesellschaft. Die afghanische Gesellschaft ist zutiefst religiös. Die Missachtung von Frauenrechten aber nur darauf zu reduzieren, wäre eine Vereinfachung. Als Ausbilder für afghanische Richter steht man vor einer Herkulesaufgabe, will man die Besonderheiten der afghanischen Gesellschaft und die globalen Menschenrechte zugleich ernst nehmen – es ist fast unmöglich, wenn man in der in der europäischen Verfassungs-Tradition verwurzelt ist.

Juristen kennen das Recht nicht

Zu beschönigen gibt es nichts: Kinderheirat, Gewalt und Respektlosigkeit gegen Frauen sind bittere Realität. Auf dem Papier sieht die rechtliche Lage positiv aus. Nach der Verfassung sind

Parinas Parhisi



Fortbildungskurs für Richter.